

# Pressemitteilung

vom 16. Februar 2006

## Pflegeversicherung benötigt mehr Geld!

**Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt hatte zum Thema Pflegeversicherung angekündigt, dass sie im Frühsommer einen Gesetzesentwurf vorlegen würde, „damit die erste Lesung möglichst noch im Sommer stattfinden kann.“ Dass die angekündigte Reform der Pflegeversicherung nun ins nächste Jahr verschoben wird, zeigt wie viel Zündstoff die Thematik birgt.**

Was ist also konkret von Parteien und Gesundheitsministerium geplant? Werden Heimbewohner künftig deutlich weniger Leistungen bekommen oder fällt die Pflegestufe I weg? Was ist mit der Verbesserung der Pflegebedingungen bei Demenzerkrankten? Mit diesen wichtigen Fragen beschäftigt sich auch Stefan Lohse, Geschäftsführer des Wohn- und Pflegeheims Lesmona in Bremen Lesum.

Auf der Tagung des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste e.V. (bpa) mit 350 Teilnehmern Ende Januar in Berlin sah sich Lohse in seiner Meinung bestärkt: Breiten Konsens gab es von allen Seiten darüber, dass die Pflegeversicherung dringend mehr Geld benötige. Auch für den nordrheinwestfälischen Sozialminister Karl-Josef Laumann macht eine Reform der Pflegeversicherung ohne zusätzlichen Finanzmittel keinen Sinn: „Eine Pflegeversicherungsreform, die alles wieder nur wunderbar umschreibt, aber dann substantiell am Ende nichts dafür in die Hand nimmt, die sollten wir uns gemeinsam ersparen“, sagte er in Berlin und unterstützte damit die Kritik von Fachleuten wie Lohse, die anprangern, dass es keine stetige Steigerung der Qualitätsstandards in der Pflege ohne entsprechende Gelder mehr geben könne. „Ich beschäftige 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – wir sind wahrlich engagiert und wollen dauerhaft gute Pflegequalität sichern. Bei schlechter Finanzierung allerdings gefährdet man nicht nur die Lebensqualität von Heimbewohnern, sondern auch viele Arbeitsplätze in Unternehmen wie meinem.“ Wobei man nicht außer Acht lassen dürfe, wie Lohse betont, dass private Pflegeheime oftmals finanziell günstiger seien. Dramatisch klingen die Zahlen, wenn man sie genauer analysiert – Lohse hat die finanziellen Auswirkungen der geplanten Reform verglichen: „Selbst beim günstigsten Vorschlag werden die Betroffenen zukünftig mit einer Milliarde Euro zusätzlich belastet werden.“ Es gäbe auch weiterreichende Vorschläge, berichtet der Pflegefachmann: „Von Rürup über die Mittelstandsvereinigung der CDU, bis jüngst zum DIHK wird offen über die Abschaffung der Pflegestufe I diskutiert! Davon wären eine Million pflegebedürftiger Menschen betroffen“, und das müsse ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gebracht werden, findet er. Dabei übersieht Lohse die positiven Anteile innerhalb der Diskussion nicht und lobt den Ansatz der Reform, dementiell Erkrankte besser zu stellen und die ambulante Pflege zu stärken. Über die



Wohn- und Pflegeheim  
Lesmona GmbH  
Geschäftsführer:  
Stefan Lohse  
Blauholzmühle 32  
28717 Bremen

Tel: 0421-693 82-0  
Fax: 0421-693 82-23

[www.lesmona.com](http://www.lesmona.com)

v.i.S.d.P. und  
Ansprechpartner  
für die Presse:

Rose Pommer

Tel: 0421-336 59 001  
Fax: 0421-336 59 002  
Email: [presse@iunctim.com](mailto:presse@iunctim.com)

Zeichen: 3.612  
(mit Leerzeichen)  
Zeilen: 90  
(bei 40 Zeichen pro Zeile)

Der Text steht Ihnen  
honorarfrei zur Verfügung.

Über eine Veröffentlichung in  
Ihrem Medium würden wir uns  
freuen!

Einführung der Pflegeversicherung 1995 und deren Erfolg sind sich die Fachleute indes einig, Minister Laumann nennt sie in diesem Zusammenhang eine „Riesen Erfolgsstory“ und spricht eines der Herzenthemen Lohses an, nämlich die Absenkung der Sozialhilfeabhängigkeit pflegebedürftiger älterer Menschen, die man von 60 auf 40 Prozent der Betroffenen reduzieren konnte. Und dabei hat die Pflegeversicherung seit 12 Jahren keinerlei Beitragserhöhungen gehabt – ein Unikum für eine Sozialversicherung. Der Geschäftsführer vom Haus Lesmona resümiert und rät, dass sich die Einnahmen innerhalb der Pflegeversicherung dringend an der steigenden Zahl der Bedürftigen orientieren müsse, denn ansonsten gäbe es weniger Mittel für weitaus mehr Leistungsempfänger – was eine dramatische Entwicklung sowohl für Pflegebedürftige, als auch für Arbeitnehmer zur Folge hätte.